

Inhalt:

	Seite
Einleitung: Aufbau, Bedeutung, Fragestellung und Forschungsgrundlage dieser Arbeit	1
Kapitel 1: Schulorganisationsmodelle in ihrer Beziehung zu gesellschaftlichen Gruppen und Entwicklungen von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg	
1.1. Einheitsschulkonzepte der Französischen Revolution	9
1.2. Die preußischen Schulreformer und die feudale Reaktion	12
1.3. Die Organisation der Volksschullehrer und -Lehrerinnen und liberale Einheits- schulideen nach dem Protest von 1848	17
1.4. Einheitsschulvorstellungen und Organisation der Arbeiterbewegung	21
1.5. Die schulpolitische Blockbildung der feudalen, klerikalen und großbürgerli- chen Kräfte	24
1.6. Strukturelemente der Auseinandersetzungen um die Schulorganisation	29
Kapitel 2: Politische und pädagogische Kontroversen um die Gestalt und Dauer der Grundschule nach dem Ersten Weltkrieg	
2.1. Die administrativ-politischen, ökonomischen und soziokulturellen Rahmen- bedingungen	35
2.2. Die politischen Auseinandersetzungen auf administrativer und parlamentari- scher Ebene	
2.2.1. Die verpaßte Schulreform in der revolutionären Phase (Nov. 1918 - Jan. 1919) und die klerikale Reaktion	39
2.2.2. Vorüberlegungen der Parteien in den Verfassungsberatungen im Frühjahr 1919	42
2.2.3. Vorentscheidung der Kultusverwaltungen im Herbst 1919	46
2.2.4. Die Entscheidung der Parteien zur Grundschuldauer und die Parla- mentsdebatten zum Grundschulgesetz im Frühjahr 1920	48
2.3. Analyse der verbandspolitischen und pädagogischen Positionen und Argu- mentationen auf der Reichsschulkonferenz	
2.3.1. Vorbemerkungen zur Bedeutung, Zusammensetzung und zum Zeit- punkt der Reichsschulkonferenz	56
2.3.2. Die Positionen der Verbände auf der Reichsschulkonferenz	
2.3.2.1. Lehrer- und Lehrerinnenverbände	60
2.3.2.2. Eltern- und Jugendverbände	66
2.3.2.3. Kirchen	67
2.3.2.4. Hochschulverband und Erziehungswissenschaftler	67
2.3.2.5. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände	69

X	2.3.3. Systematische Analyse der Argumentationen zur Grundschuldauer	
	2.3.3.1. Vorbemerkungen zur Strukturierung der Positionen	70
	2.3.3.2. Ergebnisse der Begabungsforschung	71
	2.3.3.3. Struktur der Debatte über die Grundschuldauer	77
	2.3.3.4. Befürwortung des Erhalts der Vorschule	78
	2.3.3.5. Plädoyers für eine vierjährige Grundschule mit gesonderten dreijährigen Begabenzügen	81
	2.3.3.6. Argumentationen für eine vierjährige Grundschule	85
	2.3.3.7. Positionen für eine sechsjährige Grundschule	91
	2.3.3.8. Positionen für ein längeres als sechsjähriges gemeinsames Lernen	100
	2.3.3.9. Zusammenfassende Kritik der Argumentationen zur Grundschuldauer	109
	2.3.4. Ergebnisse und Auswirkungen der Reichsschulkonferenz: die Phase der Stagnation	116
	2.4. Die reformpädagogischen Praxisversuche	120
	2.5. Die Kämpfe um eine Verkürzung der Grundschuldauer in den Perioden der Reaktion und des Faschismus	149
	2.5.1. Revision des Grundschulgesetzes in der Phase der Reaktion	150
	2.5.2. Von den Reformbemühungen zum Ende der Weimarer Republik und der faschistischen Durchdringung der Schule bis zur "Machtergreifung" der Nationalsozialisten	153
	Kapitel 3: Auseinandersetzungen um die sechsjährige Grundschule in der Besatzungszeit und zu Beginn der Bundesrepublik (1945 - 1958)	
	3.1. Die administrativ-politische, ökonomische und soziokulturelle Ausgangslage	157
	3.2. Positionen der Akteure	
	3.2.1. Administrativ-politischer Bereich	
	3.2.1.1. Besatzungsmächte	163
	3.2.1.2. Deutsche Schulverwaltungen	174
	3.2.1.3. Antifaschistische Gruppen ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer	175
	3.2.1.4. Zurückkehrende Emigrantengruppen	176
	3.2.1.5. Parteien	177
	3.2.2. Soziokulturelle Gruppen	
	3.2.2.1. Lehrer- und Lehrerinnenverbände	185
	3.2.2.2. Elternverbände	188
	3.2.2.3. Schülerinnen-, Schüler und Jugendverbände	189
	3.2.2.4. Hochschulverbände	190
	3.2.2.5. Kirchen	191
	3.2.2.6. Erziehungswissenschaftler	192
	3.2.3. Akteure aus dem ökonomischen Bereich	

3.2.3.1. Gewerkschaften	194
3.2.2.2. Unternehmerverbände	195
X 3.3. Der Auseinandersetzungsprozeß in den Ländern	196
3.3.1. Länder ohne Ansätze zur sechsjährigen Grundschule	
3.3.1.1. Bayern	197
3.3.1.2. Nordrhein-Westfalen	205
3.3.1.3. Württemberg-Hohenzollern	211
3.3.1.4. Baden	216
3.3.1.5. Rheinland-Pfalz	218
3.3.1.6. Saarland	220
3.3.2. Länder mit Teilansätzen zum verlängerten gemeinsamen Lernen	
3.3.2.1. Niedersachsen	223
3.3.2.2. Württemberg-Baden	231
3.3.2.3. Hessen	234
3.3.3. Länder mit zeitweiser sechsjähriger Grundschule	
3.3.3.1. Schleswig-Holstein	241
3.3.3.2. Hamburg	243
3.3.3.3. Bremen	253
3.3.4. Berlin als Land mit dauerhafter sechsjähriger Grundschule	266

Kapitel 4: Die sechsjährige Grundschule in West-Berlin von der Diskussion des Rahmenplans (1959) über die schulpolitischen Auseinandersetzungen der Reformphase (1968 - 1974) bis heute

4.1. Die politische, ökonomische und soziokulturelle Ausgangslage	275
4.2. Der Vorschlag einer Förderstufe im Rahmenplan und im Bremen-Plan	
4.2.1. Der Vorschlag der Förderstufe und die Position zur sechsjährigen Grundschule im Rahmenplan	283
4.2.2. Modernisierungsbedürfnisse und Elternrecht aus Sicht von Verbänden, Helmut Schelsky und Jürgen Habermas	288
4.2.3. Soziale und pädagogische Ansprüche in bezug auf die Förderstufe	300
4.2.4. Argumente für und wider die Förderstufe unter dem Blickwinkel der sechsjährigen Grundschule	307
4.3. Innere Reform und Stabilisierung der West-Berliner sechsjährigen Grundschule infolge neuerer erziehungswissenschaftlicher Forschungen und Förderstufendebatten während der 60er und 70er Jahre	
4.3.1. Die West-Berliner "Denkschrift zur inneren Schulreform" zum Förderstufenvorschlag des Rahmenplans	312
4.3.2. Der funktionelle Begründungsansatz als Korrektur der statischen Begabungstheorie	315

4.3.3. Erfolgreiche Angriffe des Berliner Philologenverbandes und der CDU auf die sechsjährige Grundschule 1962 und 1965/66	317
4.3.4. Die Stützung der sechsjährigen Grundschule Berlins mit Hilfe empirischer Befunde	323
4.3.5. Die dynamische Begabungstheorie von Heinrich Roth und dem Deutschen Bildungsrat	334
4.3.6. Neue Impulse für die pädagogische Gestalt der Berliner Grundschule durch die "Grundschulreform" Ende der 60er Jahre	339
4.3.7. Auswirkungen der Förder- bzw. Orientierungsstufen- und Gesamtschulentwicklung in den 70er Jahren auf die Berliner sechsjährige Grundschule	348
4.4. Stärkung des Konsenses über die sechsjährige Grundschuldauer während der 80er Jahre in West-Berlin	
4.4.1. Beibehaltung der sechsjährigen Grundschule während der Phase des CDU-Senats in den 80er Jahren	355
4.4.2. Befragung zu den Ursachen des breiten Berliner Konsenses in der Frage der Grundschuldauer	364
4.4.3. Die sechsjährige Grundschule während des kurzen Intermezzos des SPD/AL-Senats und des Falls der Mauer 1989/90	373
4.5. Positionen und Einschätzungen der Berliner Parteien und Verbände zur sechsjährigen Grundschule Anfang der neunziger Jahre	
4.5.1. Parteien	381
4.5.2. Verbände	384
4.5.3. Die Politik der Koalition aus CDU und SPD in der Frage der Grundschuldauer Anfang der 90er Jahre	388
4.6. Befragung der West-Berliner Leiter bzw. Leiterinnen der sechsjährigen Grundschulen zu deren pädagogischer und schulorganisatorischer Gestalt	396
4.6.1. Beobachtungen und Einschätzungen zur schulorganisatorischen Gestalt der sechsjährigen Grundschule und zu Übergängen auf die Oberschulzweige	397
4.6.2. Beobachtungen und Einschätzungen zur pädagogischen Gestalt der West-Berliner Grundschule	406
4.6.3. Probleme, Erfolge und Perspektiven	417

Kapitel 5: Der hessische Modellversuch "Sechsjährige Grundschule" der Otto-Ubbelohde-Schule Marburg: Verbindung von äußerer und innerer Reform - und die Perspektive für die Entwicklung sechsjähriger Grundschulen in der Bundesrepublik

- | | |
|---|-----|
| 5.1. Bedeutung und politische Durchsetzung des Modellversuchs im Rahmen der hessischen Auseinandersetzungen um die Förderstufe | 423 |
| 5.2. Initiierung, Genehmigung und Ausstattung des Modellversuchs "Sechsjährige Grundschule" an der Otto-Ubbelohde-Schule Marburg | 428 |
| 5.3. Das pädagogische Konzept des Schulversuchs: Verbindung von äußerer und innerer Reform | 435 |
| 5.4. Beispielhafte Beobachtungen zur Praxis der Ubbelohde-Schule und ihrer Auswirkungen | 447 |
| 5.4.1. Kontinuitäts- und gemeinschaftsorientierte Bindungs- und Mitbestimmungsfähigkeiten, beobachtet während des Klassenrats einer sechsten Klasse | 448 |
| 5.4.2. Selbständigkeit und selbstbestimmte Eigentätigkeit in der Wochenplanarbeit | 453 |
| 5.4.3. Ganzheitliches und kreatives Handeln in Projekten | 465 |
| 5.5. Einschätzungen zum Schulversuch aus der Sicht der beteiligten Gruppen | |
| 5.5.1. Befragungen der Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 und 6 | 470 |
| 5.5.2. Einschätzungen der Eltern | 481 |
| 5.5.3. Stellungnahmen der Lehrkräfte | 492 |
| 5.6. Erfahrungen, Probleme, Perspektiven und Bewertung des Modellversuchs | 509 |
| 5.7. Versuche zur Gründung weiterer sechsjähriger Grundschulen Anfang der 90er Jahre | |
| 5.7.1. Koalitionsvereinbarung der SPD und der Grünen 1991 | 518 |
| 5.7.2. Bemühungen hessischer Grundschulen um Schulversuche "Sechsjährige Grundschule" | 519 |
| 5.7.3. Bundesweite Perspektive der sechsjährigen Grundschule (Bremen, Niedersachsen) | 534 |

Kapitel 6: Schlußbetrachtung 543

Literaturverzeichnis 581

Anlage 603